

Initiiert durch:



Unterzeichnet von:



An die Haushälter:innen der Fraktionen des Deutschen Bundestages
An die Bundesregierung

Berlin, 28. August 2026

Keine Umschichtung der Emissionshandels-Einnahmen in den allgemeinen Haushalt – Klima- und Transformationsfonds (KTF) auskömmlich finanzieren

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Unverständnis haben die unterzeichnenden Unternehmensinitiativen, Verbände und zivilgesellschaftlichen Organisationen von den Plänen der Bundesregierung erfahren, künftig 2,7 Milliarden Euro aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung nicht länger für Investitionen in eine klimaneutrale Industrie einzusetzen. Wir fordern die Bundesregierung eindringlich auf, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Der KTF muss dabei unterstützen, die Industrie zu transformieren

Um Investitionen in einen klimaneutralen Industriestandort zu unterstützen, ist es erforderlich, dass die staatlichen Einnahmen aus den von der Industrie und Energiewirtschaft entrichteten Zahlungen für Emissionsrechte vollständig an die betroffenen Unternehmen und consequenten Klimaschutz zurückgeleitet werden. Sie sollten zur finanziellen Unterstützung von Investitionen in die Dekarbonisierung sowie zur Senkung der Energiepreise – und damit als positive Anreize für weitere Dekarbonisierungsschritte – genutzt werden. Aus diesem Grund sollte z.B. der Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten vollumfänglich weitergeführt werden.

Verlässlichkeit ist die Grundlage für Investitionen

Ein Absenken der Emissionshandels-Rückflüsse in die industrielle Dekarbonisierung wäre ein fatales Signal und würde zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gehen. Gerade vor dem Hintergrund gewachsener Unsicherheiten ist Planungssicherheit entscheidend für zukunfts feste Investitionen in die klimaneutrale industrielle Produktion, die Arbeitsplätze in Deutschland schafft. Eine kurzfristige Umschichtung der Emissionshandels-Einnahmen in den allgemeinen Haushalt verunsichert die Unternehmen auf dem Weg in die Klimaneutralität. Sie untergräbt die Investitionsentscheidungen, auf die der Wirtschaftsstandort so dringend angewiesen wäre, und verhindert damit dessen Transformation.

Es sind weitreichende fiskalische Reformen notwendig, um den Haushalt zu konsolidieren und Spielräume für Investitionen wieder zu erhöhen. Dies darf nicht auf Kosten von Investitionen in Klimaschutz geschehen. Was wir brauchen, ist ein Klima- und Transformationsfonds, der die Modernisierung der Industrie flankiert – keine Haushaltspolitik, die ohne Richtung subventioniert.

Für ein Gespräch über industrie- und haushaltspolitische Handlungsoptionen für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bellona Deutschland

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS)

Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e.V. (BDG)

Bundesverband der Energie-Abnehmer e.V. (VEA)

Bundesverband Feuerverzinken e.V.

Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF)

Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)

Deutscher Verband für negative Emissionen e.V. (DVNE)

Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)

Stiftung KlimaWirtschaft

Tech for Net Zero

Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)

Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V. (VIK)

Verein Deutscher Zementwerke e.V. (VDZ)

Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl)

WWF Deutschland

Koordinierung:

Stiftung KlimaWirtschaft

Kolja Zajicek, Stellvertretende Leitung Politik

kolja.zajicek@klimawirtschaft.org

Bellona Deutschland

Steffen Laube, Senior Advisor

Steffen@bellonadeutschland.org